

„Wehrhafter Niederrhein oder Duldung von Interessenlagen“

mit Blick auf eine Modifizierung des Bundesberg-Gesetzes (BBergG) durch den Bundestag

1. **Bodenschätze als Allgemeingut – wessen Eigentum, wessen Verantwortung?**
 - Salzvorkommen gehören nicht privaten Unternehmen, sondern sind ein Teil des Allgemeinwohls.
 - Diskussion: Wer entscheidet über die Nutzung – Bürger, Staat oder Unternehmen?
2. **Täuschung und Verharmlosung der Bergbaufolgen**
 - Informationspolitik der Betreiber und Behörden: unvollständig, beschwichtigend oder bewusst verschleiern?
 - Auswirkungen: Grundwasser, Landschaft, Infrastruktur, Lebensqualität.
3. **Mangelhafte Risikobewertung – Missachtung wissenschaftlicher Warnungen**
 - Werden Schäden wie Bodenabsenkungen, Trinkwassergefährdung oder Hochwasserrisiken realistisch eingeschätzt?
 - Welche unabhängigen Studien gibt es, und warum werden sie ignoriert?
4. **Unzeitgemäßes Recht – Missachtung moderner Schutzgesetze**
 - Das Bundesberggesetz stammt aus einer Zeit, in der Umwelt- und Grundrechtsfragen nicht im Fokus standen.
 - Kollision mit heutigen Vorgaben: Grundgesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Klimaanpassungsgesetz.
5. **Politik und Lobbyismus – wessen Interessen zählen?**
 - Einflussnahme durch Unternehmen auf Verwaltung und Gesetzgeber.
 - Ungleichgewicht: Privatwirtschaft profitiert, Regionen und Bürger tragen die Risiken.